

Das Jagdschloß Niederwald und die deutsche Nachkriegsgeschichte

Das Jagdschloß Niederwald, auf dem Weg vom Niederwalddenkmal über Rüdesheim und dem Stadtteil Aulhausen gelegen und nur wenige Minuten vom Aussichtspunkt Rossel entfernt, von wo der Blick über das Binger Loch, das Rhein- und Nahetal bis zum Donnersberg schweifen kann, war im Jahre 1948 viermal Tagungsort der Konferenzen der Ministerpräsidenten der westlichen Besatzungszonen. Die Kollegen aus den Ländern der sowjetischen Besatzungszone waren nicht geladen, im Unterschied zu der gesamtdeutschen Ministerpräsidentenkonferenz ein Jahr zuvor in München, die mit einem Eklat geendet und zur Abreise der ostdeutschen Regierungschefs geführt hatte.

Anwesend waren zum wichtigsten Treffen am 21./22. Juli die Ministerpräsidenten, Staatspräsidenten und Bürgermeister von elf Ländern. Wer erinnert sich eigentlich noch der Namen Altmeier, Arnold, Kopf, Wohleb, Maier, Ehard, Reuter, Brauer und Kaisen, um nur die wichtigsten zu nennen? Auf der Tagesordnung standen die Erarbeitung einer Stellungnahme zu den Ergebnissen der Besprechung mit den Generalgouverneuren und die Ernennung der Verfassungskommissionen.

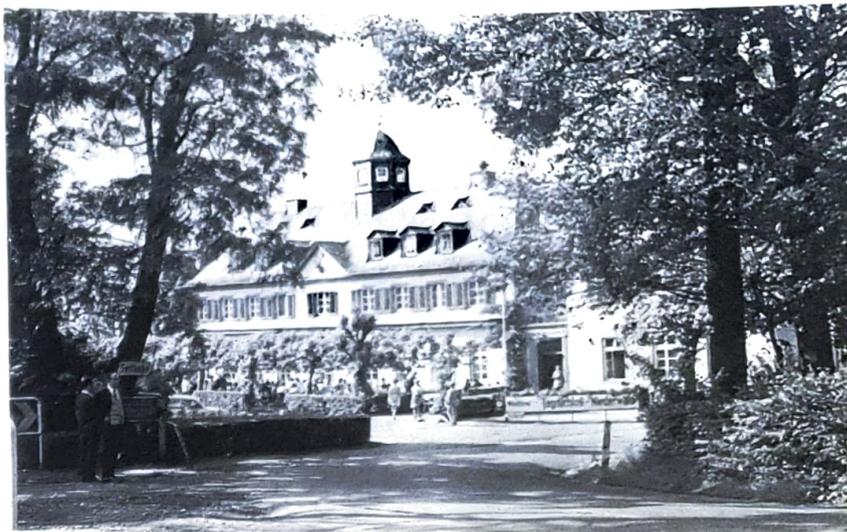
Worum ging es konkret? Es ging, wenigstens nach dem Willen der westlichen Alliierten, um die Ausarbeitung einer Verfassung für einen westdeutschen Teilstaat und um die Bedenken der Ministerpräsidenten gegen dieses Vorhaben. Wieso aber hatten gerade deutsche Politiker Einwände gegen eine stärkere Beteiligung am politischen Geschehen in Deutschland und mußten von den

Besatzungsmächten dazu förmlich gedrängt werden? Und wieso hatten zumindest die westlichen Alliierten in ihren Besatzungszonen ein Interesse an einer stärkeren Mitwirkung der Deutschen?

Erst drei Jahre vorher – 1945 – hatte die Anti-Hitler-Koalition die bedingungslose Kapitulation Deutschlands erzwungen, es in vier Besatzungszonen aufgeteilt und alle staatliche Gewalt selbst übernommen. Im Potsdamer Abkommen, das die Verhältnisse in Deutschland regeln sollte, hieß es zwar, daß man dem deutschen Volk die Möglichkeit geben wolle, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage wiederaufzubauen und zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt wieder einzunehmen; aber selbst der größte Optimist hätte nie zu glauben gewagt, daß es schon 1948 so weit sein könnte, daß die Alliierten die Ausarbeitung einer Verfassung verlangten. Das ist nur dann begründlich, wenn man einen Blick auf die veränderte weltpolitische Lage wirft.

Obwohl im Potsdamer Abkommen¹⁾ die Besatzungsmächte betont hatten, daß Deutschland als Ganzes gemeinsam durch den Berliner Kontrollrat verwaltet werden solle, zerbrach bald nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Anti-Hitler-Koalition, unter anderem an der Frage der Reparationen und was als Existenzminimum des deutschen Volkes zu gelten habe und was unter gleichen Lebensbedingungen in allen Zonen zu verstehen sei. Nicht minder groß waren die unterschiedlichen Vorstellungen über die in Deutschland zu schaffenden demokratischen Verhältnisse zwischen den

Abb. 1: Das Jagdschloß Niederwald. (Aufn. P. Claus)



Westmächten und der Sowjetunion. So verwundert es nicht, daß die Besatzungsmächte in ihren Zonen bald eigene Wege gingen: In den westlichen Zonen entstanden von westlicher Demokratie geprägte Strukturen, in der Sowjetzone mehr oder weniger verdeckt kommunistische, wobei die Bevölkerung, ohne direkt gefragt worden zu sein, eher den westlichen Lebensformen zuneigte. Die Flüchtlingsbewegung ging schon damals mehrheitlich von Ost nach West.

Die Pläne der Amerikaner und der Engländer zu einer gemeinsamen Verwaltung ihrer Zonen wurden gefördert durch die Ergebnislosigkeit der Außenministerkonferenzen der vier Großmächte und die katastrophale Ernährungssituation im Winter 1946/47. Marshallplan und Währungsreform sollten den Hunger und die wirtschaftliche Stagnation wirkungsvoll bekämpfen, wurden aber auch zum Zankapfel zwischen der Sowjetunion und den Westmächten. Die Londoner 6-Mächte-Konferenz – ohne die Sowjetunion – legte die Grundlagen für die Schaffung eines demokratischen und föderalistischen deutschen Staatswesens. Die Sowjetunion antwortete darauf mit der Blockade Berlins.

In den Frankfurter Dokumenten überreichten die westlichen Militärbefehlshaber am 1. Juli 1948 die Pläne ihrer Regierungen den deutschen Ministerpräsidenten zur Stellungnahme. Diese wiederum berieten sich bei Koblenz auf dem „Rittersturz“ und auf dem Jagdschloß Niederwald bei Rüdesheim.

Hier begrüßte der hessische Ministerpräsident Stock (SPD) seine Kollegen am 20. Juli 1948 im „Grünen Salon“ „an unserem deutschen Rhein“ zu einer zweitägigen Konferenz, nachdem bereits am 15./16. Juli hier ein gemeinsames Gespräch stattgefunden hatte. Diese Konferenz war notwendig geworden, weil die Antwort der Ministerpräsi-

den auf die Frankfurter Dokumente doch unterschiedliche Positionen deutlich machte.

Lautete der Auftrag der Besatzungsmächte an die Regierungschefs ihrer Besatzungszonen, „eine Verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, die spätestens am 1. September 1948 zusammentreten sollte“, ²⁾ so empfahlen die Ministerpräsidenten in ihren Koblenzer Beschlüssen: „Die Einberufung einer deutschen Nationalversammlung und die Ausarbeitung einer deutschen Verfassung sollen zurückgestellt werden, bis die Voraussetzungen für eine gesamtdeutsche Regelung gegeben sind und die deutsche Souveränität in ausreichendem Maße wieder hergestellt ist“. ³⁾ Die Reaktion der alliierten Militärgouverneure darauf, besonders des amerikanischen Vertreters Clay, war heftig und von Enttäuschung geprägt. Sie ließen die Ministerpräsidenten wissen, daß sie neue Anweisungen von ihren Regierungen anfordern müßten, „wenn die Grundlagen, auf denen Sie eine deutsche politische Organisation aufbauen wollen, in zu hohem Maße von den Dokumenten abweichen, die Ihnen am 1. Juli im Anschluß an das zwischen unseren Regierungen in London abgeschlossene Abkommen übergeben wurden“. ⁴⁾ Sie hielten es für unmöglich, von den Londoner Empfehlungen abzuweichen, ohne das ganze Abkommen zu gefährden.

Im einzelnen halten sie die Ersetzung des Begriffs „Verfassung“, wie von ihnen vorgeschlagen, durch „Grundgesetz“ für zu verschieden, weisen die Ministerpräsidenten darauf hin, daß die Art der Wahl des die Verfassung gebenden Organs und der

Zeitpunkt seiner Wahl nicht in die Zuständigkeit der Länderchefs falle und es außerdem von den Alliierten für notwendig erachtet werde, „die Ratifikation der Beschlüsse der Versammlung durch die Bevölkerung der verschiedenen Staaten vorzusehen“;⁵⁾ da es sonst an der nötigen Autorität fehlen könnte.

Außerdem verlangen sie von den Ministerpräsidenten eine deutliche Erklärung zu den Ländergrenzen, da der richtige Zeitpunkt für ihre Behandlung gegeben sei. Bleibe er ungenutzt, müsse davon ausgegangen werden, daß die Grenzen bis zum Abschluß eines Friedensvertrages unverändert bleiben würden.

Letztlich weisen sie den Wunsch der Ministerpräsidenten zurück, das Besatzungsstatut möge vor Zusammentreten der Verfassungsgebenden Versammlung im vollen Wortlaut veröffentlicht werden. Vielmehr erwarten sie von der Versammlung, daß sie zu den ihr vorgeschlagenen Prinzipien des Verfassungsstatuts Stellung beziehe. Es solle vollständig veröffentlicht werden, wenn das vorgelegte Verfassungspapier von ihnen genehmigt und bekannt gegeben sei, „so daß die Bevölkerung der Staaten (Länder) verstehen kann, daß die Annahme des Verfassungspapiers innerhalb des Rahmens eines Besatzungsstatuts ist“.⁶⁾

Das nächste Treffen der Ministerpräsidenten mit den Militärgouverneuren war für den 26. Juli in Frankfurt vorgesehen. Deshalb mußten sich die Ministerpräsidenten auf dem Jagdschloß über ihre Haltung dort einig werden. Doch bevor der hessische Sitzungspräsident Stock die Tagesordnung aufrief, erklärte er: „Es ist für uns eine ganz besondere Freude, daß Herr Bürgermeister Reuter an unseren Verhandlungen teilnimmt. Und es ist auch von besonderer Wichtigkeit, daß wir die Verbindung mit den Vertretern der Stadt Berlin aufrecht erhalten ... Die Stadt Berlin führt diesen Kampf (gegen die Blockade), darf ich sagen, auch um die Existenz Deutschlands und um die Sicherung der Freiheit. Dieser Kampf, der auch unser Kampf ist, soll von uns unterstützt werden, und das soll seinen Ausdruck finden dadurch, daß wir zu unseren Beratungen stets auch einen Vertreter Berlins ziehen.“⁶⁾

Einen tiefen Eindruck bei den Ministerpräsidenten hinterließen die Äußerungen des Vertreters

der Stadt Berlin, Prof. Reuters. Er wies darauf hin, daß er hier nicht nur seine eigene Meinung vortrage, sondern die Auffassung der drei demokratischen Parteien, SPD, CDU und LDP, wenn es auch seine eigenen Formulierungen seien. Sie hätten im Gegensatz zu manchen anderen die Koblenzer Beschlüsse durchaus positiv aufgenommen und begrüßt. „Wir haben begrüßt, daß in den Formulierungen der Koblenzer Beschlüsse der Versuch gemacht worden ist, sie so zu wählen, daß der notgedrungen provisorische Charakter alles dessen, was zur Zeit in Deutschland beschlossen werden kann, unterstrichen wird. Wir sind uns alle darüber im klaren, daß jede Organisation, die im Westen geschaffen wird, insofern provisorisch sein muß, als sie unter Berücksichtigung der Teilung Deutschlands geschaffen werden muß ... Wir sind uns aber klar, daß der Schritt von der Nichtsouveränität zur Vollsouveränität nicht auf einmal getan werden kann, sondern daß die Eroberung der Souveränität ein historischer Prozeß ist, der letztlich erst durch einen formellen Akt vollzogen wird, wenn wir ihn in politischer Arbeit vorbereitet haben ...

In diesem Sinne glauben wir, daß zwischen den Dingen, die wir in Berlin durchkämpfen, und den Dingen, die wir hier durchzuexerzieren haben, ein enger Zusammenhang besteht. Daraus folgt, daß wir eines in Berlin und im Osten nicht ertragen können, das Verbleiben des Westens in seinem bisherigen politisch unentschiedenen Status. Wir sind der Meinung, daß die politische und ökonomische Konsolidierung des Westens eine elementare Voraussetzung für die Gesundung auch unserer Verhältnisse und für die Rückkehr des Ostens zum gemeinsamen Mutterland ist ... Unter allen Umständen aber sind wir fest entschlossen, unseren Anspruch auf eine Beteiligung an dieser Gestaltung aufrechtzuerhalten, und wir bitten Sie darum, dafür einzutreten, daß in dieser parlamentarischen Körperschaft für die Ausarbeitung der Verfassung Berlin genau so vertreten ist, wie ich heute als Gast und Teilnehmer vertreten bin, um die besonderen Gesichtspunkte unseres Bezirks zum Ausdruck zu bringen.“⁷⁾

Als seine eigene Meinung bezeichnete er seine Auffassung zum Referendum. Es erschwere und verzögere die Entwicklung im Westen, an deren Beschleunigung alle interessiert seien. Außerdem

böte es eine Möglichkeit für kommunistische Agitation, die nicht wünschenswert sei und unterbunden werden müsse. Das eigentliche Referendum der Deutschen sei ihre Teilnahme an den Wahlen. Im übrigen habe die Verarmung in der Ostzone im Gegensatz zu den Westzonen bei der Berliner Bevölkerung zu der klaren Entscheidung geführt, den Osten eines Tages der Herrschaft der sowjetischen Besatzung zu entreißen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen betonte er: „Wir wissen, daß wir in dieser klaren Stellungnahme auch die Repräsentanten der Hoffnungen der gesamten Bevölkerung der Ostzone sind. Wir richten in dieser unserer Auseinandersetzung nur die Forderung an Sie, daß Sie uns helfen, daß wir standhalten und die enge Verbindung mit dem Westen unter keinen Umständen aufgeben, daß wir sie nicht verschlechtern oder in irgendeiner Form gefährden dürfen.“⁸⁾

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Arnold stimmte mit Reuter darin überein, daß das Referendum den Kommunisten die Chance gäbe, die Ministerpräsidenten als die Westpolitiker zu bezeichnen, die Deutschland endgültig in Ost- und Westdeutschland zerreißen würden und im Schlepptau der drei Generale deutsche Interessen außer Acht ließen. Ministerpräsident Maier von Württemberg fand den Beitrag Reuters insofern aufschlußreich, als noch im Juni zwei Vertreter Berlins in Düsseldorf erklärt hatten: „Was, Ihr wollt einen deutschen Staat im Westen schaffen und Ihr wollt uns auf diese Weise sozusagen verraten?“ In der Haltung Reuters sieht er einen positiven Meinungsumschwung in der Frage der Schaffung eines deutschen Weststaates.

Carlo Schmidt, Staatsminister von Hohenzollern, spitzte die Entscheidung, die die Ministerpräsidenten zu treffen hatten, auf folgende Alternative zu: „Wenn man einen Staat errichten will, kann man das auf zweierlei Weise tun. Man kann ihn wollen als sogenannten Weststaat, der begrenzt ist auf den Anspruch, hier im Westen der Staat zu sein. In diesem Falle würde man, glaube ich, nichts anderes tun, als schon im Ansatz eine Separation im Ganzen vollziehen ... Wenn man einen Staat will, dann sollte man meines Erachtens weitergehen. Dann sollte man sagen: Es wird jetzt im Westen die deutsche Republik errichtet. Wir errichten

sie im Westen, weil wir zur Zeit nicht über den Westen hinausgreifen können. Diese Republik und ihr Parlament müßten dann für sich in Anspruch nehmen, die Vertretung für ganz Deutschland zu sein, legalisiert im Westen durch Wahlen und legalisiert im Osten durch *communis consensus* der Ostbevölkerung ... Das wäre für die Bildung eines Staats ... das Einzige, von dem man sich etwas versprechen könnte, einen Erfolg im Hinblick auf das Gesamtschicksal Deutschlands.

Man muß sich klar werden darüber, ob man das riskieren kann ..., insbesondere ob man damit die künftige, echte organisatorische und konstitutionelle Einheit Gesamtdeutschlands fördert, ob man deren Chancen vergrößert oder verkleinert. Die Amerikaner und ein Teil der Deutschen sind der Meinung, daß ein solcher Staat, eine solche deutsche Republik mit dem Sitz ihrer Organe hier im Westen diese Chance fördern könnte ... Andere sind der Meinung, zu ihnen gehöre ich, daß man dadurch die kleine Chance, die in Bezug auf eine friedliche Erledigung des Gesamtproblems Deutschland noch besteht, nämlich die Einigung der vier Besatzungsmächte über ein einheitliches Deutschland, endgültig verschütten würde. Wer recht hat, ist schwer auszumachen.“¹⁰⁾

Das zeigte auch die kontroverse Diskussion der Ministerpräsidenten. Die einen betonten, in Koblenz sei man sich einig darüber gewesen, es solle keinen Weststaat, keine Regierung, sondern eine Trizonenverwaltung mit einer obersten Verwaltungskörperschaft geben, nicht eine Verfassung, sondern ein Grundgesetz, und auch in der Frage des Referendums kein Nachgeben.

Für andere handelte es sich bei den Koblenzer Beschlüssen und dem zu beratenden Vorschlag der Kommission, von den Ministerpräsidenten eingesetzt, nicht um etwas völlig anderes. Der bayerische Ministerpräsident Ehard führte dazu Folgendes aus: „Ich habe seit jeher immer den Standpunkt eingenommen: Wir müssen eine straffe Organisation der drei Westzonen haben. Nennen Sie es Weststaat, nennen Sie es Organisationsstatut, es ist mir ganz gleich ... Hängen Sie sich nicht an ein Wort, klammern Sie sich nicht an irgendeine Bezeichnung ... das, was wir hier schaffen, kann keine deutsche Verfassung sein, weil ja im Augenblick noch gar keine Klarheit besteht, welche



Abb. 2: „Grüner Salon“ im Jagdschloß Niederwald, in dem die Ministerpräsidenten tagten. (Aufnahme: H. Trabert)

Form, welchen Inhalt sie praktisch in bezug auf die staatliche Souveränität haben kann ... Wir müssen doch wenigstens allmählich wieder den Anfang einer deutschen Souveränität, wenn auch beschränkt auf ein regionales Gebiet, bekommen ... Wir müssen doch wieder Gesprächspartner werden, und das haben wir in Koblenz meines Erachtens absolut klar und eindeutig ausgesprochen, daß wir diese Konstruktion wollen und daß wir diese Konstruktion als ein Provisorium bezeichnen und für ein Provisorium halten.

Wir können uns bei all den Konstruktionen ... immer nur in Grenzen bewegen, die uns die Besatzungsmächte lassen, also im Rahmen der Vollmachten; und wenn uns Vollmachten erteilt werden und man uns dabei bis zu einem gewissen Grade unter einen gewissen Druck setzt, müssen wir uns überlegen: sollen wir uns etwa, um etwas zu erreichen, auf den Standpunkt stellen: entweder alles oder nichts? Oder sollen wir bis zu einem gewissen Grade nachgeben; und das Nachgeben, meine Herren, ist uns in dem Falle doch von den Besatzungsmächten bisher nicht allzu schwer gemacht worden. Sie verlangen von uns formale Konzessionen, die keineswegs die Sache in irgendeiner Form ändern. Ich bin persönlich der festen Überzeugung, daß wir keine wesentliche Änderung in dem eintreten lassen, was wir in Koblenz besprochen haben.¹¹⁾ In der Frage des Referendums ist er der Meinung, daß man die Begründung für seine Ablehnung der Öffentlichkeit mitteilen müsse, und die könne nur lauten: ein Referendum ist eine Sache, die nach außen hin etwas

Endgültiges dokumentiert. Das müsse man den Generälen sehr eindeutig sagen. Außerdem müsse man sie auf die Gefahren hinweisen, die ein Referendum unter den Verhältnissen habe, wie sie hier in Deutschland bestünden.

Auf ein weiteres Problem, zu dem die Alliierten von den Ministerpräsidenten eine Stellungnahme erwarteten, kam der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Lüdemann zu sprechen. Er forderte eine Neuabgrenzung der Länder und die Bildung großräumiger Einheiten von annähernd gleicher Größe, was eine Reduzierung von elf auf sieben Länder bedeute. Einer solchen Entscheidung sei man zum Schaden des deutschen Volkes schon in der Weimarer Zeit aus dem Weg gegangen. Staatspräsident Bock wie Ministerpräsident Maier verlangten vor allem den Zusammenschluß der Südweststaaten zum Gesamtstaat Baden-Württemberg.

Peter Altmeier, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, erinnerte daran, daß alle Länder ihre derzeitige Existenz den Wünschen oder dem Verlangen der einzelnen Militärregierungen verdankten. Auch Rheinland-Pfalz habe keinen Ewigkeitswert. Aber man sei in Koblenz einhellig der Meinung gewesen, man müsse der Reihe nach vorgehen und dürfe nicht das heißersehnte Ziel der verfassungsmäßigen Einheit gefährden. Gegen die Lösung des Problems Württemberg-Baden habe er keine Einwände. Auch Ministerpräsident Ehard warnte vor der Illusion, alles so befriedigend lösen zu können und meinte, eine generelle Neugliederung sei ein Problem für ruhigere Zeiten.

Der Dialog unter den Regierungschefs führte letztlich zu dem Ergebnis, daß eine zweite Stellungnahme zu den Frankfurter Dokumenten der Militärgouverneure mit folgendem Wortlaut erarbeitet wurde:

„1. Die Ministerpräsidenten haben in Koblenz zu Dokument I erklärt, daß sie die ihnen übertragenen Vollmachten wahrnehmen wollen. Damit ist zum Ausdruck gebracht worden, daß sie bereit sind, die volle Verantwortung in demselben Ausmaße zu übernehmen, als ihnen von den Besatzungsmächten Befugnisse übertragen werden.

2. Die Ministerpräsidenten stellen mit Befriedigung fest, daß sie mit den Militärgouverneuren völlig in dem Entschluß übereinstimmen, die erstrebte Neuregelung so schnell wie möglich zu schaffen.

3. Sie sind weiter mit den Militärgouverneuren darin einig, daß im Rahmen der Londoner Empfehlungen bei der gegebenen Sachlage zur Zeit nur eine vorläufige Regelung möglich ist. Nichtsdestoweniger sind sie entschlossen, diese so kraftvoll und wirksam wie möglich zu gestalten.

4. Der terminologische Unterschied zwischen dem Wortlaut der Dokumente und den Vorschlägen der Ministerpräsidenten findet seine Erklärung nicht in der Verfolgung inhaltlich verschiedener Ziele, sondern nur in einer verschiedenen Auffassung über die anzuwendenden Formen.

5. Das Wort „Verfassung“ ist absichtlich nicht gebraucht worden, weil weder ganz Deutschland noch eine endgültige Lösung in Frage kommt. Das gewählte Wort „Grundgesetz“ wäre wohl zutreffender mit „basic constitutional law“ übersetzt worden.

6. Es besteht Einverständnis darüber, daß die Aufgabe, ein Grundgesetz zu schaffen, dem „Parlamentarischen Rat“ übertragen wird.

7. Die Ministerpräsidenten sind sich mit den Militärgouverneuren darin einig, daß die Bestellung dieses Parlamentarischen Rates auf Grund eigener Beschlüsse der Landtage erfolgen soll.

8. Was den Inhalt des zu schaffenden Grundgesetzes anbelangt, so besteht Einigkeit, daß der Parlamentarische Rat selbst einen Inhalt festsetzen wird. Soweit die Vorschläge von Koblenz sich über den Inhalt geäußert haben, sollten dadurch nur Anregungen gegeben werden. Selbstverständlich werden die Länderregierungen vor dem Parlamentarischen Rat ihre Ansichten vertreten.

9. Die Ministerpräsidenten sind mit den Militärgouverneuren der Ansicht, daß die Ratifikation des Grundgesetzes auf breiter demokratischer

Grundlage erfolgen muß. Diese Ratifikation kann auf direktem oder indirektem Wege vorgenommen werden.

Die Ministerpräsidenten machen deshalb den Vorschlag, die Ratifikation durch die Landtage der einzelnen Länder vornehmen zu lassen.

Die Landtage sind die demokratisch legitimierte Vertreter der 45 Millionen Einwohner des amerikanischen, britischen und französischen Besatzungsgebietes.

Gegen die direkte Befragung des Volkes sprechen folgende Gründe:

a) Ein Referendum kann in Deutschland nicht ohne vorhergehenden Abstimmungskampf durchgeführt werden. Es besteht unbestreitbar die Gefahr, daß sich bei einem Referendum alle oppositionellen und destruktiven Elemente trotz der Verschiedenheit ihrer Motive in einem negativen Votum zusammenfinden. Die so entfachte Agitation würde sich naturgemäß auch gegen die Besatzungsmächte wenden und eine Verschlechterung im Verhältnis der Deutschen zu den Besatzungsmächten herbeiführen.

b) Das Referendum würde einen großen Zeitverlust bedeuten, der unter den heutigen Umständen unerträglich ist.

c) Eine Ablehnung könnte eine politische und wirtschaftliche Katastrophe in Deutschland herbeiführen, die das begonnene Konsolidierungswerk gefährden würde ...

Für eine Ratifikation durch die Landtage spricht insbesondere, daß diese die Ratifikation mit überwältigender Mehrheit vornehmen werden.

Damit dürfte die Annahme des Grundgesetzes (vorläufige Verfassung) durch das Volk sichergestellt sein und im Rahmen der Londoner Empfehlungen erfolgen.⁴¹²⁾

Außerdem bildeten die Ministerpräsidenten einen Ausschuß, der den Militärbefehlshabern zu unterbreitende Vorschläge zur Neugliederung der Länder zu erarbeiten hatte. Desweiteren ernannten sie eine Verfassungskommission, bestehend aus sachkundigen Beamten, die als Arbeitsunterlage für den Parlamentarischen Rat einen Verfassungsentwurf erstellen sollte.

Die Tagung der Ministerpräsidenten der drei Westzonen vom 21.–22. Juli 1948 auf dem Jagdschloß Niederwald ging zu Ende mit einem Dank

des bayerischen Ministerpräsidenten Ehard im Namen aller für die Verhandlungsführung und die „überaus köstliche Bewirtung“ an seinen hessischen Amtskollegen Stock. Das Personal des Hauses erhielt ein Trinkgeld von 350,- DM. Für Ärger hatte nur die Tatsache gesorgt, daß aus dem Kreis der Tagungsteilnehmer geheime Informationen über unterschiedliche Standpunkte an die Presse gegangen waren. Die nächste Sitzung wurde für Montag, den 26. 7. 1948 nach Frankfurt einberufen.

Worin besteht nun die Bedeutung dieser Konferenz im Jagdschloß Niederwald für die deutsche Nachkriegsgeschichte? Die Ministerpräsidenten der Westzonen waren in einer schwierigen Situation. Auf der einen Seite hatten sie klar erkannt, daß eine Besserung der wirtschaftlichen und politischen Lage in den Westzonen nur durch einen engeren Zusammenschluß möglich war. Andererseits wollten sie aber auch nichts tun, was die geringe Hoffnung auf eine Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands endgültig zunichte gemacht hätte. Zwischen diesen beiden Eckpunkten versuchten sie einen Weg zu finden, den auch die Alliierten, mit ihren Interessen konform, zu billigen bereit waren.

In Koblenz hatte mehr die Sorge, die deutsche Einheit zu verspielen, wenn man sich ohne Gegenvorstellungen auf die Pläne der Alliierten einließ, eine Rolle gespielt, nicht unbeeinflusst von den Abgesandten Berlins, die vor einem Verrat an Deutschland gewarnt hatten. Hier auf dem Jagdschloß Niederwald war es vor allem der zwar gewählte, aber von den Sowjets durch ihr Veto an seiner Amtsführung gehinderte Regierende Bürgermeister Ernst Reuter von Berlin, der seine Amtskollegen unter Abweichung vom früheren Berliner Standpunkt eindringlich beschwor, den Westen nicht in seinem bisherigen politisch unentschiedenen Status zu belassen, da die politische und ökonomische Konsolidierung des Westens eine elementare Voraussetzung für die Gesundung der Berliner Verhältnisse und für die Rückkehr des Ostens zum gemeinsamen Mutterland sei.

Unter dem Eindruck dieser Argumentation wichen die Ministerpräsidenten zwar nicht einfach von den Koblenzer Beschlüssen ab, waren aber kompromißbereiter, da sie fürchteten, daß eine

allzu starre Haltung gegenüber den Alliierten alles in Frage stellen könnte. So kam es zu den Rüdeshheimer Beschlüssen vom 22. 7. 1948, die die Grundlage bildeten für das Gespräch mit den Generalgouverneuren am 26. 7. 1948 in Frankfurt. Nach langem erstem Ringen wurde dort ein Übereinkommen erzielt, das den Weg frei machte für den Zusammentritt des Parlamentarischen Rates am 1. September in Bonn.

„Der gefundene Kompromiß bestand darin, daß sich die alliierte Seite hinsichtlich der sachlichen Forderungen der Frankfurter Dokumente, die deutsche Seite hinsichtlich ihrer terminologischen Änderungswünsche („Parlamentarischer Rat“ statt „Verfassungsgebende Versammlung“ und „Grundgesetz“ statt „Verfassung“) durchsetzen konnte. Hinsichtlich des umstrittenen Referendums und der Revision der Ländergrenzen kam man überein, hier die deutschen Gegenvorstellungen ... den Regierungen der drei Westmächte zur letzten Entscheidung zu überweisen (die später auch den deutschen Wünschen entsprechend erfolgte).“¹³⁾

Anmerkungen

¹⁾ Abschluß-Kommuniqué der Potsdamer Konferenz vom 2. 8. 1945. In: Weltgeschichte im Aufriß. Deutschland im Spannungsfeld der Siegermächte (1945–1949). Frankfurt/Main 1982, S. 15 ff.

²⁾ Die Frankfurter Dokumente der alliierten Militärgouverneure vom 1. 7. 1948. In: Weltgeschichte ... S. 229 f.

³⁾ Antwortnote der westdeutschen Ministerpräsidenten an die Militärgouverneure (Koblenz, 10. 7. 1948). In: Weltgeschichte ... S. 236 f.

⁴⁾ Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden. Abt. 502/Nr. 1577, Anlagen: Dokument I

⁵⁾ Ebd.

⁶⁾ Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden. Ministerpräsidenten-Konferenz am 21./22. 7. 1948 im Jagdschloß Niederwald. Bd. I, Abt. 502/Nr. 5419–5421, S. 1

⁷⁾ Ebd., S. 27 f.

⁸⁾ Ebd., S. 31

⁹⁾ Ebd., S. 36

¹⁰⁾ Ebd., S. 42

¹¹⁾ Ebd., S. 75 f.

¹²⁾ Beschluß der westdeutschen Ministerpräsidenten vom 22. 7. 1948. In: Weltgeschichte ..., S. 239

¹³⁾ Theo Stammen/Gerold Maier, Der Prozeß der Verfassungsgebung. In: Weltgeschichte ..., S. 243

Weitere Literatur:

Hans Georg Lehmann, Chronik der Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis 1981. München 1981

Michael F. Feldkamp, Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Göttingen 1998

Die Tagung der Ministerpräsidenten am 20.-22.07.1948 auf dem Jagdschloß Niederwald

Ein Nachtrag: Zum Beitrag von Hermann Trabert im RHEINGAU FORUM Nr. 4/1998, S. 16-22.

Am 19. Mai 1998 hatte das „Kulturjournal Der Rheingau“ zu einer Vortragsveranstaltung zum Thema „Vor 50 Jahren: Die Alliierten und das Grundgesetz“ auf das Jagdschloß Niederwald bei Rüdesheim am Rhein eingeladen. Dr. Michael F. Feldkamp, Historiker und Mitarbeiter des Parlamentsarchivs des Deutschen Bundestages, stellte sein jüngst erschienenes Buch „Der Parlamentarische Rat 1948 - 1949“ vor. Das Rheingau-Echo berichtete in Nr. 22 am 28. Mai 1998 über den Vortragsabend im „Grünen Salon“, dem authentischen Ort des Jagdschlusses, in dem die Ministerpräsidenten das Grundgesetz für die Verabschiedung am 23. Mai 1949 im Bundestag vorbereiteten.

Im RHEINGAU FORUM Nr. 4/1998 S. 16-22 hat Hermann Trabert ausführlich über die Inhalte und den Verlauf der Gespräche im „Grünen Salon“ berichtet. Ausgangs des Jahres erhielt die Redaktion von Herrn Gerd Simons, Wiesbaden, Mitglied der Gesellschaft zur Förderung der Rheingauer Heimatforschung e.V., eine zweiseitige Dokumentation aus der Frankfurter Rundschau vom 4. August 1948, welche auf der einen Seite die charakteristischen Köpfe der Ministerpräsidenten, gezeichnet von Marianne Kuntze-Just, wiedergibt. Die andere Seite enthält die Anwesenheitsliste der Konferenz der Ministerpräsidenten der drei Westzonen. Hier haben sich alle Teilnehmer mit ihrem Vor- und Nachnamen sowie ihrem Herkunftsland eingetragen. Ein Dokument, das Geschichte lebendig werden läßt und sich als eine wertvolle Ergänzung des Beitrages von Hermann Trabert erweist.

Die Redaktion

Elf Ministerpräsidenten tagen im Jagdschloß Niederwald

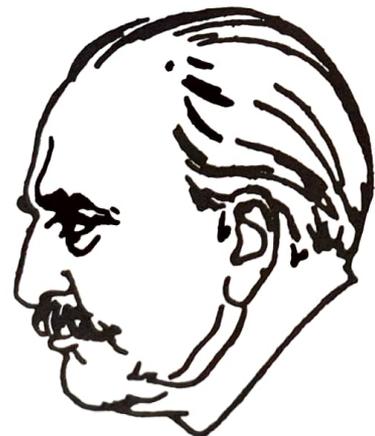
Zeichnungen: Marianne Kuntze-Just



Dr. Maier
Württemberg



Bock
Hohenzollern



Kopf
Niedersachsen



*Altmaier
Rheinland-Pfalz*



*Dr. Brauer
Hamburg*



*Lüdemann
Schleswig-Holstein*



*Dr. Ehard
Bayern*



*Arnold
Nordrhein-Westfalen*



*Stock
Hessen*



*Dr. Maier
Württemberg*



*Bock
Hohenzollern*

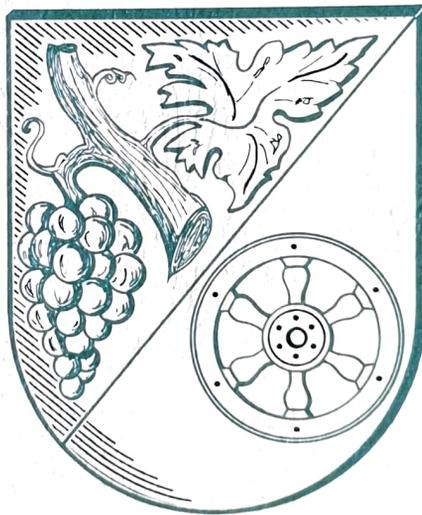
20. - 22. 2. 1948 SCHAUSCHLOSS NIEDERWALD

Ulrich von Brock, Min. Präsident Hessen
Heinrich Lübke, Ministerpräsident Westfalen
Dr. Georg Meißner, Reg. Dir. Schleswig-Holstein
Johann Heinrich Dreyer, Ministerpräsident Niedersachsen
K. Loh, Ministerpräsident, Nordrhein
Dr. Hans Götting, Landm. Ministerpräsident, Bremen
Karl Otmar, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz
Keller, Ministerpräsident des Landes Baden, freitrag. i. d. Württemberg
Man von der Bürgermeisterei Hamburg

R·H·E·I·N·G·A·U

F·O·R·U·M

Zeitschrift für Wein · Geschichte · Kultur



8. Jahrgang
2/1999

ISSN 0942-4474

Herausgegeben von: Rheingauer Weinkonvent e.V.
Gesellschaft zur Förderung der Rheingauer Heimatforschung e.V.
Freundeskreis Kloster Eberbach e.V.

Verantwortlich: Professor Dr. Paul Claus, Nothgottesstraße 9, 65366 Geisenheim
Dr. h.c. Josef Staab, Schloß Johannisberg, 65366 Geisenheim

R·H·E·I·N·G·A·U F·O·R·U·M

Zeitschrift für Wein · Geschichte · Kultur



7. Jahrgang
4/1998

ISSN 0942-4474

Herausgegeben von: Rheingauer Weinkonvent e.V.
Gesellschaft zur Förderung der Rheingauer Heimattforschung e.V.
Freundeskreis Kloster Eberbach e.V.

Verantwortlich: Professor Dr. Paul Claus, Nothgottesstraße 9, 65366 Geisenheim
Dr. h.c. Josef Staab, Schloß Johannisberg, 65366 Geisenheim
